

Otto M. Schröder Bank
Aktiengesellschaft

GESCHÄFTSBERICHT 2020

OTTO M. SCHRÖDER BANK
AKTIENGESELLSCHAFT
GESCHÄFTSBERICHT 2020

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2020

1. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS

Die wesentlichen Geschäftsfelder der Otto M. Schröder Bank AG, Hamburg, sind die Immobilien-Zwischenfinanzierung im Wohnungsbau und die Vermögensanlage.

In der Zwischenfinanzierung unterstützen wir Bauträger und Investoren bei wohnwirtschaftlichen Immobilienprojekten in Hamburg, Berlin und auf Sylt. Die Vermögensanlage konzentrieren wir immer mehr auf die Vermögensverwaltung und das reine Ausführungsgeschäft mit Privatkunden, Stiftungen und institutionellen Kunden. Vermögensberatung bieten wir nur noch in Ausnahmefällen an.

Das Steuerungssystem der Bank ist darauf ausgerichtet, die zentralen Werttreiber der wesentlichen Bereiche zielgerichtet abzubilden. Dafür nutzt die Bank Kennzahlen, welche eine einheitliche und effektive Steuerung unter Zugrundelegung von handels- und bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften sicherstellen. Die wichtigsten Steuerungskennzahlen sind das Zinsergebnis, das Provisionsergebnis, das Kundenkreditvolumen sowie das Vermögensverwaltungs- und Depotvolumen.

Für die Steuerung wird eine monatliche Betriebsergebnisrechnung sowie die Analyse der Schlüsselindikatoren im Kreditgeschäft (monatlich) und in der Vermögensanlage (vierteljährlich) genutzt. Weitere Elemente der Gesamtbanksteuerung sind der jährliche Strategie- und Planungsprozess sowie das Risikotragfähigkeitskonzept. Durch das integrierte Steuerungssystem der Bank wird eine umfassende Betrachtung der zentralen Werttreiber jederzeit hinreichend sichergestellt.

Zur grundsätzlichen Entwicklung dieser Kennzahlen im Vergleich zum Vorjahr wird auf das Kapitel „Wirtschaftsbericht“ bzw. für das Jahr 2021 auf das Kapitel „Prognosen, Chancen und Risiken“ verwiesen.

Unsere Bank zeichnen qualifizierte und kompetente Mitarbeiter aus, denen wir für ihre engagierten Leistungen und den Einsatz in einem nicht immer einfachen Geschäftsumfeld ausdrücklich danken. Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben die mit der Corona-Pandemie verbundenen Einschränkungen besondere Anforderungen an jeden Mitarbeiter gestellt, die wir gemeinsam meistern konnten.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Konjunkturelle Entwicklung

Selten in der Geschichte hat sich die Welt zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember eines Jahres so tiefgreifend gewandelt wie in 2020. Vieles ist anders als vor zwölf Monaten, sei es im persönlichen Lebensumfeld, im Tagesablauf oder in der Beziehung zu Verwandten, Freunden und Kollegen. Aber auch in der Finanzwirtschaft, in Unternehmen und Branchen, in der Wirtschaftspolitik oder an den Kapitalmärkten waren die Veränderungen zu erkennen. Die deutsche Wirtschaft befindet sich nicht mehr auf einem Wachstumskurs. Im Vergleich zum Jahresende 2019 nahm das BIP im 4. Quartal 2020 preisbereinigt um 2,7 % ab.

Während in den Vorjahren Schuldenbremse und Abbau von Staatsverschuldung die Themen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik waren, hat sich dieses jetzt grundlegend geändert. Die Vokabeln Schuldenbremse und „schwarze Null“ scheint die Bundesregierung aus ihrem Wortschatz gestrichen zu haben. Die Bundesschulden inklusive Sondervermögen stiegen auf ein historisches Hoch von 1.272 Mrd. € zum 31.12.2020. Der Zusatz „exklusive Eigenbestände“ lässt vermuten, dass dies noch nicht der Gesamtbetrag sein dürfte.

Kapitalmärkte

Es gibt Aktienjahre wie 1929, 1987, 2000 und 2008/2009, die lange im Gedächtnis der Anleger haften bleiben. Mit 2020 kommt ein weiteres dieser besonderen Aktienjahre hinzu. Die Wucht, mit dem die Corona-Pandemie und der von ihr ausgelöste ökonomische Schock die Welt getroffen hat, hat auch die Finanzmärkte kräftig durcheinandergewirbelt und für extreme Schwankungen und Ausschläge gesorgt.

Zu Beginn des Jahres schien dies noch unvorstellbar. Obwohl mit China die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt bereits vom Corona-Virus und den von ihm ausgelösten Lockdown in eine schwere Krise gestürzt worden war, wähnte sich Europa relativ sicher. Der Dax stieg auf das Rekordhoch von 13.795 Punkten, Experten erwarteten trotz eines global sich verlangsamenden Wachstums angesichts niedriger Zinsen und des Mangels an Anlagealternativen ein gutes Jahr für die Dividendentitel – eine nicht gerade beruhigende Parallele zum vorherrschenden Narrativ für 2021.

Mit dem Lockdown in der Lombardei kam im Februar das böse Erwachen beziehungsweise die Erkenntnis, dass es sich nicht auf eine auf Asien beschränkte Epidemie, sondern um eine globale Pandemie han-

delt. Der sich mit der weitgehenden Stilllegung des öffentlichen Lebens abzeichnende schlimmste ökonomische Einbruch seit dem zweiten Weltkrieg führte an den Aktienmärkten zu einem Kollaps. Der Dax brach bis Mitte März um rund 39 % auf ein Tief von 8.256 Punkten ein. Ebenso wie an diesen Zusammenbruch wird man sich noch lange an das erinnern, was danach geschah. Kaum jemand konnte sich inmitten des Crashes vorstellen, dass sich die Aktienmärkte so schnell und so stark erholen würden. Geführt von den USA und den dort stark gewichteten Technologieaktien stiegen sie auf Rekordstände. Mit Verzögerung sprang auch der Dax nach den Weihnachtsfeiertagen auf den Zug auf und stieg erstmals über die Marke von 13.900 Punkten. Zuletzt lag er bei 13.719 Punkten, was einem Jahregewinn von 3,6 % entspricht.

Ein schwerer Schlag für den deutschen Finanzmarkt und auch für den Dax war der Bilanzfälschungsskandal beim Münchner Zahlungsdienstleister Wirecard AG, der Insolvenz anmeldete.

2020 war auch ein Jahr der extremen Branchenspreizung. Die Mobilitätsbeschränkungen setzten den Bereichen Tourismus, Freizeit, Veranstaltungen und Flugzeugbau

schwer zu, Gewinner waren Unternehmen wie der Dax-Neuling Delivery Hero, Infineon, Vonovia und Deutsche Wohnen.

Die zehnjährige Bundesrendite beendete das Jahr mit minus 0,57 % nach minus 0,19 % zum Vorjahr. Bei der im Vorgenannten aufgezeigten starken Steigerung der öffentlichen Verschuldung ein willkommener Umstand für die öffentliche Hand und ein Kapitalverzehr für alle Anleger, die aufgrund ihrer Anlagebedingungen in solche Anlagen investieren müssen.

Immobilienmärkte

Im Jahr 2020 sind die Immobilienpreise laut Bulwiengesa in Deutschland um insgesamt 3,6 % und damit etwas geringer als in den Vorjahren angestiegen. Der Wohnbereich verzeichnete eine Steigerung von insgesamt 5,0 %. Preistreiber waren sowohl höhere Baukosten wegen fehlender Baukapazitäten und entsprechender Fachkräfte als auch gestiegene Grundstückspreise. Die Mieten stiegen dagegen mit plus 3,4 % bei Neubauten und plus 2,3 % bei Bestandsobjekten vergleichsweise moderat, aber unvermindert an.

In Hamburg stiegen die Immobilienpreise laut Engel & Völkers für Eigentumswohnun-

gen aus dem Bestand von durchschnittlich 4.956 auf 5.424 €/m² und bei Neubauten von 5.879 auf 6.993 €/m² an. Bei Einfamilienhäusern lag die Steigerung bei 9,3 % nach 7,0 % im Vorjahr. Die Mietpreise entwickelten sich weniger dynamisch und verzeichneten bei Bestandswohnungen nur eine Steigerungsrate von 2,4 % leicht über dem Vorjahresniveau; bei Neubauwohnungen im nicht öffentlich geförderten Bereich blieben die Mieten mit durchschnittlich 14,93 €/m² sogar unverändert. Nach wie vor gibt es in den Stadtteilen eine große Spreizung der Immobilienpreise.

Unser Zielmarkt Berlin steht weiter unter dem Eindruck der Einführung des Mietendeckels durch den Berliner Senat. Inwieweit dieser verfassungsgemäß ist, werden letztlich die Gerichte entscheiden müssen. Die Auswirkungen sind deutlich bei Aufteilerprojekten von Bestandsimmobilien und Zinshäusern zu beobachten. Die Nachfrage von Investoren und Kapitalanlegern ist in diesen Bereichen spürbar eingebrochen. Von dieser Entwicklung profitierten immer noch die angrenzenden Städte und Gemeinden in Brandenburg mit guter Anbindung an das öffentliche Nahverkehrsnetz Berlins. In Berlin selbst stieg die Nachfrage nach Eigentum durch Eigennutzer. Ob als bunte Kulturstadt, bedeutendes Wirtschafts- und Industriezentrum oder angesehener Universitätsstandort – Berlin weckt Begehrlichkeiten. Das ist auch nach wie

vor auf dem Wohnungs- und Häusermarkt zu spüren. Die Preise für Wohnungen im Bestand sind derzeit im Durchschnitt bei 4.909 € je m² und liegen um 8,4 % über dem Vorjahr. Für Neubauwohnungen liegt der Schnitt bei 6.597 € je m² mit 3,2 % über dem 2019er Wert.

Der Immobilienmarkt auf der Insel Sylt hat sich gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert. Nach unserer Beobachtung findet jegliches Angebot zu immer höheren Preisen seinen Abnehmer.

Geschäftsentwicklung unserer Bank

Unsere beiden wesentlichen Geschäftsbereiche, die Zwischenfinanzierung von Wohnimmobilien und die Vermögensanlage, haben sich im Geschäftsjahr 2020 zufriedenstellend entwickelt.

Die Vermögensanlage litt weiter unter den regulatorischen Anforderungen von MiFID II, da diese einerseits zu höheren Kosten führen und andererseits die Anlageberatung von Privatkunden deutlich erschweren. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten aufgrund der pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen fast keine Kunden- und Interessentenveranstaltungen durchgeführt werden. Des Weiteren konnten wir die für uns wichtigen persönlichen Begegnungen mit unseren Kunden nicht in der gewohnten Intensität pflegen. Durch den Ausbau des von uns betreuten Vermögens und dem Hinzugewinnen einiger größerer Mandate hat sich unser verwaltetes Vermögen gleichwohl erfreulich entwickelt. Gleiches gilt, bei der im abgelaufenen Geschäftsjahr vorherrschenden Volatilität der Märkte, auch für die Wertpapierumsätze.

Im Kreditgeschäft hat der Immobilienmarkt im Großraum Berlin seine starke Bedeutung für unser Haus bestätigt. Weit mehr als die Hälfte unseres Immobilienkreditvolumens entfällt nach wie vor auf diese Region. In Hamburg konnten wir eine Vielzahl kleinerer Projekte begleiten, während die Finanzierungen auf Sylt sich auf Einzelfälle beschränkten.

Insgesamt übertraf die geschäftliche Entwicklung unsere Erwartungen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Am Bilanzstichtag lagen unsere Forderungen an Kunden mit 290,8 Mio. Euro um 21,5 Mio. Euro über dem Vorjahreswert und leicht über dem Planwert. Unter Einbeziehung von Bürgschaftsverpflichtungen und offenen Kreditzusagen weisen wir ein um 35,6 Mio. Euro höheres Kundenkreditvolumen von 341,6 Mio. Euro aus. Das jahresdurchschnittliche Kundenkreditvolumen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 12 % und lag damit leicht über dem Planwert, was einen positiven Einfluss auf den Zinsüberschuss hatte.

Vor dem Hintergrund des erhöhten Bestands der Kundenforderungen zum Bilanzstichtag nahmen unsere zur Refinanzierung dienenden Kundeneinlagen um 26,5 Mio. Euro auf 284,5 Mio. Euro zu.

Die Eigenmittel unserer Bank betragen nach den aus dem Ergebnis zugeführten Beträgen (einschließlich Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB) sowie der vorgeschlagenen weiteren Dotierung der Gewinnrücklagen durch die Hauptversammlung 61,9 Mio. Euro; dieses entspricht einer Erhöhung um rund 14 %. Die Gesamtkapitalquote nach der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) betrug am Bilanzstichtag ebenso wie die Kernkapitalquote 15,7 %.

Die Otto M. Schröder Bank AG war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit in der

Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen zur Liquidität haben wir durchgängig eingehalten.

Das operative Betriebsergebnis (Ergebnis vor Steuern, Wertberichtigungen sowie Zuführungen zur Rücklage nach § 340g HGB) von 14,5 Mio. Euro liegt um ein Fünftel über dem Vorjahresergebnis.

Das Zinsergebnis, das fast ausschließlich auf das Kundenkreditgeschäft entfällt, erhöhte sich um 16 % auf 16,4 Mio. Euro und übertraf unsere Planung.

Das Provisionsergebnis erhöhte sich um gut 5 % auf 4,6 Mio. Euro und lag damit leicht über der Planung. Die Vermögensanlage konnte das Vorjahresergebnis um 18 % steigern, die emissionsbegleitenden Tätigkeiten um 44 %, während sich dieser Wert im Kreditgeschäft um 10 % reduzierte.

Das Vermögensverwaltungs- und Depotvolumen ist im Vergleich zum Vorjahr um gut 27 % gestiegen und lag damit deutlich über dem Planwert.

Die Verwaltungskosten unserer Bank stiegen um 5,1 % auf 7,1 Mio. Euro. Die Veränderung des Postens ist im Wesentlichen durch Aufwendungen im Personalbereich geprägt.

Die Risikovorsorge aus dem Kreditgeschäft lag im Berichtsjahr saldiert bei 1,8 Mio. Euro. Ausschlaggebend waren Nettoauflösungen sowie auch die Bildung von zusätzlichen Vorsorgereserven und die vollständige Umsetzung der Anforderungen zur Bildung von Pauschalwertberichtigungen nach der Methode des IDW RS BFA 7. Die gebildeten Wertberichtigungen decken die bestehenden Risiken im Kreditportfolio nach unserer Einschätzung ausreichend ab. Daneben haben wir den Fonds für allgemeine Bankrisiken weiter erhöht.

In der Steuerposition spiegeln sich auch die unterschiedlichen Beurteilungsmaßstäbe zwischen Handels- und Steuerrecht in den Bereichen Forderungen und Rückstellungen wider.

Der ausgewiesene Jahresüberschuss beträgt 4,9 Mio. Euro (Vorjahr 4,5 Mio. Euro). In die anderen Gewinnrücklagen haben wir vorab 2 Mio. Euro eingestellt, so dass sich unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags ein Bilanzgewinn von 3,3 Mio. Euro ergibt. Es ist beabsichtigt, daraus weitere 2,3 Mio. Euro den anderen Gewinnrücklagen zuzuführen.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Otto M. Schröder Bank AG ist geordnet.

3. BERICHT ÜBER DAS RISIKOMANAGEMENT

Überblick

Die Risikopositionen unserer Bank sind überwiegend im Bereich der Adressenausfallrisiken angesiedelt. Daneben wurden Liquiditäts-, Marktpreis- sowie operationelle Risiken als wesentlich eingestuft.

Wir benutzen zur Messung und Steuerung der Risiken ein strategisches Controlling. Die Ziele der Risikopolitik legt der Vorstand unter Beachtung einer rendite- und risikoorientierten Ausrichtung der Bank fest. Jederzeit muss das Risikodeckungskapital ausreichen, um die regulatorischen Eigenmittelanforderungen (diese beinhalten auch zusätzliche Kapitalpuffer sowie Risikozuschläge im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (SREP)) selbst bei Kumulierung und gleichzeitigem Eintritt aller Risiken einhalten zu können. Daneben bestehen Limite für alle als wesentlich identifizierten Risiken, die in der Risikotragfähigkeit gesteuert werden. Die Bank steuert die Risikotragfähigkeit unter den Annahmen des Going-Concern- sowie auch des Gone-Concern-Ansatzes. Sowohl für erwartete sowie unerwartete Verluste sind Maßnahmen zur Limitierung, Überwachung und Risikosteuerung implementiert. Zur Weiterentwicklung und Anpassung des Risikotragfähigkeitskonzepts sind von der Geschäftsleitung Prozesse installiert, um die Funktionsfähigkeit der Risikotragfähigkeit zu gewährleisten.

Aufgaben unseres Risikocontrollings sind die Erfassung und zeitnahe Bewertung aller als wesentlich identifizierten Risiken. Entsprechend erfolgt die regelmäßige Überwachung der vom Vorstand genehmigten Limite sowie die interne und externe Risikoberichterstattung. Jährlich wird die Geschäftsstrategie auf neue, noch nicht identifizierte Risiken hin untersucht. Mit Hilfe von Frühwarnindikatoren sollen nicht erwartete Marktentwicklungen frühzeitig erkannt werden. In Stresstests werden Marktreaktionen bis hin zu einem schweren konjunkturellen Abschwung abgebildet und ihre Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit sowie das Planergebnis bemessen. Monatlich werden der Vorstand und der Aufsichtsrat über die Geschäftsentwicklung informiert. Darüber hinaus informiert das Risikocontrolling vierteljährlich in Form eines Risikoberichts über die Risikosituation inklusive einer Beurteilung.

Im Rahmen von inversen Stresstests werden einmal im Jahr Untersuchungen vorgenommen, in denen die Belastbarkeit der Bank getestet und nach existenzbedrohenden Ereignissen geforscht wird. Dabei werden Szenarien konstruiert, in denen die Risikotragfähigkeit gefährdet ist und wir die regulatorischen Eigenmittelanforderungen der CRR nicht mehr einhalten oder unse-

ren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen könnten. Es werden sowohl quantitative als auch qualitative Ansätze verfolgt.

Adressenausfallrisiken

Zu den Adressenausfallrisiken zählen neben jenen des klassischen Kreditgeschäfts auch Länderrisiken und Kontrahentenrisiken aus Handelsgeschäften. Diese Risikoart beinhaltet für uns aufgrund des Volumens des betriebenen Kreditgeschäfts das größte Risikopotenzial. Fast ausschließlich betrifft es Kunden innerhalb Deutschlands.

Adressenausfallrisiken bestehen in unserem Haus überwiegend wegen möglicher Wertverluste, die durch Bonitätsverschlechterungen von Kundenforderungen entstehen können. Die vorgenommene Risikovorsorge deckt nach unserer Einschätzung wahrscheinliche Verluste in unserem Kreditportfolio ab. Entsprechend unserer Kreditrisikostategie haben wir ein Risikoklassifizierungsverfahren implementiert, das in 16 Risikoklassen aufgeteilt ist und ein detailliertes Abbild unserer Kreditrisiken bietet. Es berücksichtigt sowohl die Bonität des Kreditnehmers als auch die Kredit sicherheiten. Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts werden die Blankoanteile der

Risikoklassen mit ihren Ausfallwahrscheinlichkeiten bemessen. Die Bewertungen der Sicherheiten erfolgen nach einem einheitlichen standardisierten Verfahren. Mit einem pauschalen Ansatz werden die zusätzlichen Risiken von Wertverlusten bei Sicherheiten und die Verschlechterung des Kreditratings quantifiziert. Daneben werden unerwartete Risiken im Kreditportfolio unserer Bank mittels des Modells CreditRisk+ berechnet. Der Credit-Value-at-Risk (CVaR) stellt das unerwartete Verlustrisiko unter Berücksichtigung einer definierten Wahrscheinlichkeit innerhalb eines Jahres dar und wird monatlich ermittelt.

Lagen Informationen bis zur Aufstellung dieses Jahresabschlusses vor, die einen Wertberichtigungsbedarf bei Kundenforderungen erkennen ließen, haben wir für einen möglichen Forderungsverlust Risikovorsorge in Form von Einzelwertberichtigungen gebildet. Für potenzielle und zum Bilanzstichtag noch nicht identifizierbare Adressenausfallrisiken haben wir Pauschalwertberichtigungen und Rückstellungen nach den neuen Anforderungen des IDW RS BFA 7 gebildet.

Durch die Variation von Ausfallwahrscheinlichkeiten und der Entwicklung von Sicherheitenwerten wird das Adressenausfallrisi-

ko in diversen Szenarien gestresst. Es wird untersucht, wie sich die Risikohöhe unter festgelegten und jährlich überprüften Simulationsannahmen entwickelt. Dabei werden die beiden wichtigsten Parameter Ausfallwahrscheinlichkeiten und Risikoexposition erhöht und die Ergebnisse in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Die Überwachung auf Risikoklassenebene erfolgt täglich. Zusätzlich bestehen wöchentliche und monatliche Kontrollen auf Einzelkreditnehmerebene, um negative Entwicklungen und Risiken frühzeitig zu erkennen.

Forderungen gegenüber anderen Kreditinstituten sind nur mit sehr geringen Risiken in Form von Kontrahentenrisiken verbunden. Die Forderungen bestehen ausschließlich in Form von Guthaben auf Nostrokonten, die nur bei Zentralbankinstituten geführt werden.

Im Rahmen des Adressenausfallrisikos betrachten wir auch das Risiko aus unseren Beständen an marktengen Aktientiteln. Die Volumina betragen weniger als 1 % unserer Eigenmittel.

Insgesamt belaufen sich die im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts für Adressenausfallrisiken reservierten Limite im Going-Concern-Ansatz auf 15 % des Risikodeckungskapitals. Das auf diese Risikoart aus der freien Risikodeckungsmasse allokierte und regelmäßig überwachte

Limit ist zum Jahresende mit 63,6 % ausgelastet.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann oder dass im Fall einer Liquiditätskrise Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen generiert werden können. Wir unterscheiden zwischen dem

- Liquiditätsanspannungsrisiko, das die Gefahr beinhaltet, dass erforderliche Anschlussfinanzierungen nicht oder nur zu schlechteren Konditionen durchgeführt werden können
- Terminrisiko, welches für die Gefahr einer unplanmäßigen Verlängerung der Kapitalbindungsdauer von Aktivgeschäften steht
- Abrufisiko, das mit der Gefahr von unerwarteten Zahlungsmittelabflüssen verbunden ist.

Täglich überwachen wir die Zahlungsmittelzu- und abflüsse und steuern entsprechend unsere Liquidität auf unseren Konten. Bei der Aufnahme von neuen Geldern am Geld- und Kapitalmarkt wird eine Marktkonformitätskontrolle durchgeführt. Monatlich werden in fünf Modellen die zukünftigen Zahlungsmittelzu- und abflüsse

simuliert und in Monatsscheiben ein möglicher Liquiditätsengpass ausgewiesen. Wir verändern in den Szenarien die Zu- und Abflussparameter, um Veränderungen im Zahlungs- und Abrufverhalten unserer Kunden zu simulieren und deren Auswirkungen auf unsere Liquidität zu untersuchen. Für Fälle, in denen Liquiditätsengpässe bestehen sollten, wurden Maßnahmen für die Generierung zusätzlicher Zahlungsmittel festgelegt.

Unsere Refinanzierung erfolgt im Wesentlichen in Form von kurzfristigen Sicht-, Spar- und Termineinlagen sowie Kündigungsgeldern von Kunden. In Ausnahmefällen wird kurzfristige Liquidität bei anderen Kreditinstituten aufgenommen.

Unter den Annahmen von Zahlungsmittelzu- und -abflüssen sind in den monatlich durchgeführten Berechnungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) keine strukturellen Liquiditätsprobleme erkennbar geworden. Die im Geschäftsjahr geltende aufsichtsrechtliche Untergrenze von 100 % haben wir eingehalten. Zum Jahresende betrug die Kennziffer 223 %.

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken werden im Allgemeinen das Kurs-, das Zinsänderungs- und das Währungsrisiko subsumiert. Sie entstehen, wenn die Wertentwicklung oder der Ertrag eines Geschäftes von den zukünftigen Entwicklungen von Aktien- und Devisenkursen sowie von Zinssätzen abhängt.

Um potenzielle Verluste in unserem Wertpapier eigenbestand zu begrenzen, haben wir im Rahmen unseres Risikotragfähigkeitskonzepts ein Verlustlimit für Kursrisiken auf Basis eines Risikokapitals festgelegt. Es begrenzt neben dem schwebenden und den realisierten Verlusten auch die Kursrisiken, die wir mittels der Value-at-Risk-Methode berechnen. Der Value-at-Risk stellt das Verlustrisiko der nächsten zwölf Monate dar, das wir auf Basis der Wertentwicklungen der vergangenen drei Jahre berechnen. Wir unterstellen dabei ein Konfidenzniveau von 99,0 %. Insgesamt belaufen sich die im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts für Kursrisiken reservierten Limite im Going-Concern-Ansatz auf 0,8 % des Risikodeckungskapitals. Das auf diese Risikoart aus der freien Risikodeckungsmasse allokierte und regelmäßig überwachte Limit ist mit 47,2 % ausgelastet.

Neben dem Verlustlimit haben wir ein volumenbegrenzendes Limit für unsere eigenen Aktienbestände installiert. Die Einhaltung der beiden Limite wird von uns täglich überwacht.

In fünf monatlich durchgeführten Stress-Szenarien ermitteln wir Höchstwerte möglicher Verluste für einen Zeitraum von einem Jahr, in dem sehr starke Marktverwerfungen vorkommen könnten. Die Szenarien wurden so festgelegt, dass zumindest die in der Vergangenheit gemessenen jährlichen maximalen Indexveränderungen abgebildet werden. Der beobachtete Zeit-

raum beginnt im Jahr 2000 und deckt auch Ereignisse wie die letzte Finanzmarktkrise ab. Innerhalb der beobachteten jährlichen Veränderungen unterstellen wir, dass wir zum Höchstkurs eines Jahres gekauft und zum Tiefstkurs verkauft haben.

Zinsänderungsrisiken sind nur in geringem Maße vorhanden, da wir im Kreditgeschäft Festzinsvereinbarungen für maximal 3 Monate und bei Einlagen für maximal 12 Monate eingehen. Die barwertigen Auswirkungen der Standard-Zinsschockszenarien der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) (+/- 200 bp) werden monatlich berechnet und in der Risikotragfähigkeit trotz der Unwesentlichkeit berücksichtigt. Daneben werden die Frühwarnindikatoren quartalsweise ermittelt.

Risiken aus Währungsgeschäften und dem Finanzderivatehandel bestehen nicht. Diese Geschäfte werden ausschließlich auf Rechnung für Kunden betrieben.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind jene, die durch Unzulänglichkeiten und Fehler in Geschäftsabläufen, Projekten oder bei mangelhaften Kontrollen sowie durch Betrug entstehen könnten. Als mögliche Ursachen kommen beispielsweise Mitarbeiter, Mängel in der Technologie oder organisatorischen Strukturen in Frage.

Durch interne Richtlinien, Festlegung von Zuständigkeiten und die Installation des Vier-Augen-Prinzips steuern wir diesen Risikobereich. Jährlich werden die Abläufe auf ihr Risikopotenzial untersucht und Höhe sowie Eintrittswahrscheinlichkeit ermittelt. Es wird festgestellt, ob risikoreduzierende Maßnahmen vorhanden und ausreichend sind. Hierzu zählt auch die Überprüfung des bestehenden Versicherungsumfangs. Unsere Verträge und Formulare passen wir stets an geänderte gesetzliche Vorschriften an. Schäden werden in einer Datenbank dokumentiert und klassifiziert. Gegebenenfalls werden Maßnahmen eingeleitet, um Schäden in Zukunft zu vermeiden bzw. zu begrenzen.

In Höhe der ermittelten Risiken wird das Risikodeckungskapital ausgelastet. Insgesamt beläuft sich das im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts für operationelle Risiken reservierte Limit im Going-Concern-Ansatz auf 0,8 % des Risikodeckungskapitals. In einem Stressszenario erhöhen wir den Betrag für operationelle Risiken pauschal auf das Doppelte.

Für laufende Rechtsstreitigkeiten und für mögliche Auswirkungen von BGH-Urteilen haben wir ausreichend Vorsorge getroffen.

Zusammenfassung der Risikolage

Ausgangspunkt unserer Risikosteuerung sind die Vorgaben des Risikotragfähigkeitskonzepts. Es beschreibt das Ziel der

Risikosteuerung sowie alle Komponenten unseres Risikodeckungskapitals und den Umgang mit den identifizierten Risiken. Das Konzept wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Insgesamt ist das nach Berücksichtigung des zur Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen vorzuhaltenden Mindestkapitals verbleibende Risiko-deckungspotenzial zu 14,4 % durch die quantifizierten Risiken ausgelastet. Zum Jahresende bestanden keine Risiken, die über die installierten Limite hinausgingen. Die Risikotragfähigkeit wurde somit eingehalten.

Unser Risikocontrolling überwacht täglich die Marktpreisrisiken, die Kapitalausstattung sowie die Kapitalquoten der CRR und die Liquiditätskennziffer LCR. Monatlich führt es Stresstests bei den Adressenausfall-, den Marktpreis- und den Liquiditätsrisiken sowie eine Abweichungsanalyse von der Ergebnisplanung durch. Darüber hinaus analysiert und beurteilt das Risikocontrolling im Rahmen des vierteljährlichen Risikoberichts die Adressenausfallrisiken aus Bestands- und Neugeschäften auf Basis des Gesamtportfolios. Auf Ebene der Einzelkreditnehmer werden wöchentliche Überprüfungen der Engagemententwicklungen vorgenommen. Wir überwachen damit innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts alle als wesentlich identifizierten Risiken der Bank.

Die Angemessenheit der Eigenmittel jedes Kreditinstituts wird durch Rahmenbedingungen der Bankenaufsicht geregelt. Die Gesamtkapitalquote nach CRR betrug am Jahresende 15,7 %. Sie lag damit wie im gesamten Jahr deutlich über der Untergrenze, die Ende 2019 institutsspezifisch bei 10,75 % festgelegt war und auch für das Jahr 2020 galt. Kapitalpuffer und SREP-Zuschläge sind Bestandteil dieser Untergrenze.

4. PROGNOSEN, CHANCEN UND RISIKEN

Der nachfolgende, aktuelle Teil der Prognoseberichterstattung wurde im vierten Quartal 2020 erstellt und basiert auf der durch den Vorstand erstellten und durch den Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 18.02.2021 gebilligten Planungsrechnung für das Geschäftsjahr 2021.

Der Januar 2021 begann auf der Aktienseite freundlich. Den DAX erwarten wir im gesamten Jahr zwischen 12.000 und 15.000 Punkten sehr volatil. Zum Jahresende 2021 halten wir aus heutiger Sicht 15.000 Punkte für möglich. In der aktuellen von ultraexpansiver Geldpolitik bestimmten Lage halten wir einen Einbruch von 20 % jederzeit für realistisch.

Im Jahr 2021 werden die Leitzinsen in Europa niedrig bleiben beziehungsweise im Minus verharren und Renditen der Staatsanleihen der Eurozone an der Nulllinie oder weiterhin deutlich im negativen Bereich liegen. Der Grund dafür sind die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie, die den Zentralbanken gar keinen Spielraum geben, an der geldpolitischen Schraube zu drehen und Schlüsselsätze für die Versorgung von Banken mit Zentralbankgeld nach oben zu setzen.

Durch die „Abschaffung der Zinsen durch die Zentralbanken“ stehen Aktien und Immobilien weiter im Fokus der Anleger. Dass

dies allein bei den Aktien jedoch nicht für einen ungebremsten Kursanstieg ausreicht, haben wir in der Vergangenheit erlebt. Dennoch sehen wir die Aktienkurse weiter steigen, was bei gleichbleibenden oder nur leicht steigenden Unternehmensgewinnen zu fallenden Dividendenrenditen führt. So nähern sich Anleihen-, Immobilien- und Aktienrenditen weiter an, leider auf einem immer niedrigeren Niveau. Eine Entwicklung, die zwangsläufig ist, wenn die Zentralbanken die Märkte mit Geld überschwemmen.

Bevorzugte Anlagen in 2021 werden unseres Erachtens neben Immobilien und Gold weiterhin Aktien zunehmend international diversifiziert und mit einem steigenden Anteil an Technologieaktien sein. Unsere Länderdiversifikation werden wir weiter mit Blick auf die USA, China und rohstoffreiche nordeuropäische Märkte ausbauen.

Im Immobilienbereich erwarten wir auch für das Jahr 2021 in den Metropolregionen eine vom niedrigen Zinsniveau sowie den fehlenden Anlagealternativen begünstigte anhaltende Nachfrage nach Wohnimmobilien, insbesondere im unteren und mittleren Preissegment. Nach den Preissteigerungen der Vorjahre gehen wir in unseren Zielregionen Hamburg und Berlin allerdings von weniger dynamischen Steigerungen aus. Eine Immobilienblase ist in beiden Großstädten aus unserer Sicht nicht festzustellen, da

sowohl die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Einkommen, Zinsen, Mieten) als auch die Bevölkerungsentwicklung eher für weitere Preissteigerungen und ein nachhaltig hohes Preisniveau sprechen.

Auf diesen Erwartungen aufbauend sehen wir insgesamt gute Chancen, auch weiterhin unser Geschäft in der Immobilienzwischenfinanzierung erfolgreich betreiben zu können.

Vor diesem Hintergrund planen wir im laufenden Jahr mit einer leicht steigenden durchschnittlichen Kreditinanspruchnahme bei einer verminderten Zinsspanne. Im Ergebnis erwarten wir ein im Vergleich zum Geschäftsjahr 2020 leicht sinkendes Zinsergebnis im unteren einstelligen Prozentbereich.

Für das Provisionsergebnis insgesamt erwarten wir einen signifikanten Rückgang von etwa 12 %. Dabei gehen wir davon aus, dass das Provisionsergebnis im Kreditgeschäft deutlich nachgeben und in der Vermögensanlage etwas steigen wird.

Hinsichtlich des Vermögensverwaltungs- und Depotvolumens planen wir kursbereinigt mit moderaten Steigerungen von ungefähr 3 %.

Die Verwaltungsaufwendungen haben wir unter Berücksichtigung einzelner Kostenpositionen sowie einer allgemeinen Kostensteigerung von etwa 3 % gegenüber dem Vorjahr (ohne Einmaleffekte) angesetzt.

Wertberichtigungen im Kreditgeschäft wurden auf Basis des erwarteten Ausfallrisikos unseres Kreditportfolios ermittelt und an das Kreditvolumen angepasst. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde vorsorglich ein höherer Wertberichtigungsbedarf eingeplant. Sondereffekte wie Wertveränderungen im Aktienbestand, aber auch das Risiko Abschreibungen vornehmen zu müssen, haben wir in der Planung nicht berücksichtigt.

Aufgrund unserer Konzentration auf die uns gut bekannten Zielmärkte im Immobiliengeschäft und der hohen Kundenorientierung in beiden Geschäftsfeldern sowie unserer qualifizierten und engagierten Mitarbeiter sehen wir uns gut gerüstet, die sich bei wirtschaftlichen Veränderungen ergebenden Risiken zu beherrschen und Chancen erfolgreich nutzen zu können.

In Abwägung der beschriebenen Faktoren erwarten wir für 2021 ein leicht niedrigeres Ergebnis der Bank.

Mögliche Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Geschäftsentwicklung in 2021

Der Vorstand weist darauf hin, dass sich aufgrund der weiteren Ausbreitung von COVID-19 (Coronavirus) und der Maßnahmen zu dessen Eindämmung Implikationen ergeben, die zu einer deutlich gestiegenen Unsicherheit hinsichtlich der Prognose führen. Der Verlauf des Geschäftsjahres 2020 und der Start in die ersten Monate des Geschäftsjahres 2021 haben gezeigt, dass sich die Bank auf der Ertrags-, der Aufwands- und auch der Risikoseite auf diese Implikationen sachgerecht eingestellt hat.

Der im Vorjahr an dieser Stelle nachfolgend gegebene Hinweis hat auch weiter Bestand: „So können die Entwicklungen für das Geschäftsjahr 2020 an den nationalen und internationalen Kapitalmärkten, die seit März 2020 von deutlichen Kursverlusten gezeichnet waren sowie die Einschränkungen des täglichen Lebens und der Geschäftstätigkeit von Unternehmen aufgrund der regierungsseitig ergriffenen Maßnahmen dazu führen, dass geplante Erträge im Kredit- und Wertpapiergeschäft nicht wie erwartet anfallen und Adressenausfall- und Marktpreisrisiken sich erhöhen. Ebenso wird sich zeigen, ob die seitens der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen einer gesamtwirtschaftlichen Rezession wie auch möglichen Kreditausfällen entgegenwirken können“. Aufgrund der bisher gesammelten Erfahrungen mit der Situati-

on ist nach unserer Einschätzung die Eintrittswahrscheinlichkeit deutlich geringer geworden.

Eventuell weitere konkrete Auswirkungen von COVID-19 auf die wesentlichen Leistungsindikatoren der Bank sind unseres Erachtens – wie bisher – weder absehbar noch seriös quantifizierbar.

Hamburg, den 22. April 2021

Der Vorstand



Helmuth Spincke



Thomas Welling



BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2020

Aktiva

	31.12.2020		31.12.2019	
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
1. BARRESERVE				
a) Kassenbestand	16		32	
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken (darunter: bei der Deutschen Bundesbank)	35.937 (35.937)		22.955 (22.955)	
		35.954	22.987	
2. FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE				
a) täglich fällig	15.505		12.243	
b) andere Forderungen	450		450	
		15.955	12.693	
3. FORDERUNGEN AN KUNDEN		290.838	269.291	
4. SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE				
Anleihen und Schuldverschreibungen				
a) von öffentlichen Emittenten (darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank)	10.208 (10.208)		11.123 (11.123)	
b) von anderen Emittenten (darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank)	0 (0)		0 (0)	
		10.208	11.123	
5. AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		501	855	
6. HANDELSBESTAND		614	542	
7. BETEILIGUNGEN		0	13	
8. IMMATERIELLE ANLAGEWERTE				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		10	6	
9. SACHANLAGEN		417	319	
10. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		2	54	
11. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		83	105	
Summe der Aktiva		354.584	317.988	

Passiva

	31.12.2020		31.12.2019	
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
1. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN				
a) Spareinlagen				
mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		39.477	<u>47.840</u>	
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	149.562			131.368
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>95.525</u>		<u>78.883</u>	
		245.087	<u>210.251</u>	
		284.564	258.091	
2. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN		480		175
3. RÜCKSTELLUNGEN				
a) Rückstellungen für Pensionen				
und ähnliche Verpflichtungen	1.419			1.277
b) Steuerrückstellungen	1.847			731
c) andere Rückstellungen	<u>3.323</u>		<u>3.023</u>	
		6.590	<u>5.031</u>	
4. FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKKRISEN		21.659		18.300
<i>(darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB)</i>		(9)		(0)
5. EIGENKAPITAL				
a) gezeichnetes Kapital	6.850			6.850
b) Kapitalrücklage	2.577			2.577
c) Gewinnrücklagen				
andere Gewinnrücklagen	28.573			23.973
d) Bilanzgewinn	<u>3.291</u>		<u>2.991</u>	
		41.291	<u>36.391</u>	
Summe der Passiva		<u>354.584</u>	<u>317.988</u>	
1. EVENTUALVERBINDLICHKEITEN				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften				
und Gewährleistungsverträgen		1.343		2.696
2. ANDERE VERPFLICHTUNGEN				
Unwiderrufliche Kreditzusagen		49.538		33.984

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Januar bis 31. Dezember

	2020		2019
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
1. ZINSERTRÄGE			
a) aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	16.855		14.567
abzgl. negative Zinsen aus Geldmarktgeschäften	<u>-127</u>	16.728	-105
b) aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>7</u>	<u>4</u>
		16.735	14.466
2. ZINSAUFWENDUNGEN	319		322
abzgl. positive Zinsen aus dem Einlagengeschäft	<u>0</u>	319	<u>-12</u>
		16.416	14.156
3. PROVISIONSERTRÄGE	4.855		4.808
4. PROVISIONSAUFWENDUNGEN	<u>292</u>		<u>476</u>
		4.563	4.332
5. NETTOERTRAG DES HANDELSBESTANDS		91	1
6. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE		560	274
7. ALLGEMEINE VERWALTUNGS-AUFWENDUNGEN			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	4.236		3.848
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (darunter: für Altersversorgung)	<u>586</u> <u>(197)</u> <u>4.822</u>		<u>553</u> <u>(182)</u> <u>4.401</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen	<u>2.105</u>		<u>2.116</u>
		6.927	6.517
8. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF IMMATERIELLE ANLAGEWERTE UND SACHANLAGEN		77	66
9. SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN		97	73
10. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN UND BESTIMMTE WERTPAPIERE SOWIE ZUFÜHRUNGEN ZU RÜCKSTELLUNGEN IM KREDITGESCHÄFT		1.844	0

	2020		2019
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
11. ERTRÄGE AUS ZUSCHREIBUNGEN ZU FORDERUNGEN UND BESTIMMTEN WERTPAPIEREN SOWIE AUS DER AUFLÖSUNG VON RÜCKSTELLUNGEN IM KREDITGESCHÄFT		0	860
12. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF BETEILIGUNGEN, ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTE WERTPAPIERE		372	303
13. ZUFÜHRUNGEN ZUM FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKKRISIKEN <i>(darunter: Zuführung Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB)</i>		3.359	4.500
		(9)	(0)
14. ERGEBNIS DER NORMALEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		8.952	<u>8.164</u>
15. STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG	4.053		3.692
16. SONSTIGE STEUERN, SOWEIT NICHT UNTER POSTEN 9 AUSGEWIESEN	<u>0</u>		<u>0</u>
		4.053	<u>3.692</u>
17. JAHRESÜBERSCHUSS		4.899	4.472
18. GEWINNVORTRAG AUS DEM VORJAHR		391	19
19. EINSTELLUNGEN IN ANDERE GEWINNRÜCKLAGEN		2.000	1.500
20. BILANZGEWINN		<u>3.291</u>	<u>2.991</u>

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2020

ALLGEMEINE ANGABEN

Angaben gemäß § 264 Abs. 1a HGB

Firma:

Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft

Sitz: Hamburg

Registergericht: Amtsgericht Hamburg

Handelsregisternummer: HRB 36936

Vorschriften zur Rechnungslegung

Den Jahresabschluss der Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2020 haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) sowie den Bestimmungen der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich zum Vorjahr bis auf die Methode zur Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen unverändert beibehalten:

Die Barreserve wird zum Nennwert angesetzt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert angesetzt.

Allen erkennbaren Risiken haben wir durch Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie Rückstellungen Rechnung getragen.

Einzelwertberichtigungen werden für identifizierte ausfallgefährdete Kredite in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet, der sich aus der Forderungshöhe abzüglich der zu erwartenden Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten ergibt.

Zur Abdeckung latenter Risiken im Forderungsbestand sowie bei Eventualverbindlichkeiten bestehen Pauschalwertberichtigungen und Rückstellungen. Sie werden seit dem Geschäftsjahr 2020 nach den Anforderungen der vom Bankenfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer verabschiedeten Stellungnahme zur Rechnungslegung IDW RS BFA 7 ermittelt. In den Vorjahren erfolgte die Ermittlung noch nach den Vorgaben des Schreibens des Bundesministeriums der Finanzen vom 10. Januar 1994.

Darüber hinaus haben wir Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB gebildet.

Die Wertpapiere sind entweder dem Anlage- oder dem Handelsbestand zugeordnet. Wertpapiere des Anlagebestands sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Das Wertaufholungsgebot wird berücksichtigt. Wertpapiere des Handelsbestands werden gemäß § 340e Abs. 3 und 4 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Die Bewertung erfolgt für sämtliche Wertpapiere auf der Basis von Börsen- oder Marktpreisen zum Bilanzstichtag.

Beteiligungen wurden im Vorjahr zu Anschaffungskosten oder im Falle einer voraussichtlich dauernden Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bewertet. Zum Abschlussstichtag werden keine Beteiligungen mehr gehalten.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um linear berechnete planmäßige Abschreibungen, bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen nehmen wir bei darüberhinausgehender dauernder Wertminderung vor.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens ermittelt. Bei der Bewertung wird die Anwartschaftsbarwertmethode zugrunde gelegt.

Allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten wurde durch Bildung entsprechender Rückstellungen Rechnung getragen. Sie werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags bewertet.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Entsprechend den Anforderungen der vom Bankenfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer verabschiedeten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs)“ haben wir durch eine Berechnung auf der Grundlage der barwertigen Betrachtungsweise nachgewiesen, dass die Bildung einer Rückstellung nach § 340a in Verbindung mit § 249

Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HGB für einen Verpflichtungsüberschuss aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs zum Abschlussstichtag nicht erforderlich ist. Der Berechnung wurde als Saldierungsbereich – entsprechend dem Refinanzierungszusammenhang – das gesamte Bankbuch zugrunde gelegt. Im Rahmen der Berechnung haben wir die zukünftigen Periodenergebnisbeiträge des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch anfallenden Risiko- und Verwaltungskosten berücksichtigt.

Latente Steuern werden für temporäre Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden ermittelt, die sich voraussichtlich in späteren Geschäftsjahren umkehren. Sie werden unter Anwendung der unternehmensindividuellen Steuersätze (Körperschaftsteuer 15 %, Solidaritätszuschlag 5,5 %, Gewerbesteuer 16,45 %) und der Steuervorschriften bewertet, die am Bilanzstichtag gelten oder gesetzlich verabschiedet sind und deren Geltung zum Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenzen erwartet wird. Vom Wahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB, die sich nach Saldierung insgesamt ergebenden zukünftigen Steuerentlastungen zu aktivieren, wird kein Gebrauch gemacht. Die zukünftigen Steuerentlastungen betreffen im Wesentlichen die Vorsorgereserven nach § 340f HGB und die Kreditrisikovorsorge.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag ausgewiesen.

Die Fremdwährungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des § 256a HGB in Verbindung mit § 340h HGB. Dabei sind die Aktiv- und Passivwerte, die auf fremde Währung lauten, zum Referenzkurs der EZB am Bilanzstichtag umgerechnet. Aufwendungen und Erträge gehen zu den Umrechnungskursen des jeweiligen Buchungstages in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Sämtliche Verbindlichkeiten und Ansprüche je Währung sind besonders gedeckt. Daher werden neben den Verlusten auch die Gewinne aus der Währungsumrechnung in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Das Ergebnis 1 Tsd. Euro (Vorjahr 5 Tsd. Euro) wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(Alle Tabellenangaben in Tsd. Euro)

FRISTENGLIEDERUNG NACH RESTLAUFZEITEN	31.12.2020	31.12.2019
Aktivseite		
Andere Forderungen an Kreditinstitute mit einer Restlaufzeit von bis zu drei Monaten	450 450	450 450
Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit mit einer Restlaufzeit von bis zu drei Monaten mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahren	290.838 0 61.957 214.479 14.402	269.291 0 70.979 186.572 11.740
Anleihen und Schuldverschreibungen davon: im Folgejahr fällig	10.208 0	11.123 3.000
Passivseite		
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist mit einer Restlaufzeit von bis zu drei Monaten mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	95.525 59.021 36.504	78.883 57.083 21.800

Anteilige Zinsen werden gemäß § 11 Satz 3
RechKredV nicht nach Restlaufzeiten auf-

gegliedert. Der Ausweis erfolgt grundsätz-
lich im ersten Laufzeitband.

FORDERUNGEN UND VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER UNTERNEHMEN, MIT DENEN EIN BETEILIGUNGSVERHÄLTNIS BESTEHT	31.12.2020	31.12.2019
Forderungen an Kunden	0	2.204
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	3

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen werden zu marktüblichen Konditionen abgewickelt. Wesentliche Transaktionen zu marktunüblichen Bedingungen, über die gem. § 285 Nr. 21 HGB zu berichten wäre, haben nicht stattgefunden.

Forderungen an Kunden

Dieser Bilanzposten macht rund 82 % der Aktivseite unserer Bilanz aus. Er enthält im Wesentlichen Forderungen aus der Immobilien- und Bauträgerzwischenfinanzierung im wohnwirtschaftlichen Bereich.

Nachrangige Forderungen liegen in Höhe von 600 Tsd. Euro (Vorjahr 600 Tsd. Euro) vor. Einzelwertberichtigungen für diese Kredite bestehen wie im Vorjahr nicht.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Sämtliche Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere im Bilanzwert von 10.208 Tsd. Euro (Vorjahr 11.123 Tsd. Euro) sind börsenfähig und börsennotiert.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 501 Tsd. Euro (Vorjahr 855 Tsd. Euro) sind börsenfähig und mit Ausnahme von 90 Tsd. Euro (wie im Vorjahr) börsennotiert.

Handelsbestand

Im Handelsbestand werden unverändert ausschließlich Aktien zum beizulegenden Zeitwert von 614 Tsd. Euro (Vorjahr 542 Tsd. Euro) ausgewiesen.

Ein Risikoabschlag für die Finanzinstrumente des Handelsbestands wurde zum Bilanzstichtag nicht vorgenommen, da sich wie im Vorjahr keine unrealisierten Bewertungsgewinne für diese Wertpapiere ergaben.

Sämtliche Papiere sind börsenfähig und börsennotiert.

Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand wurden inner-

halb des Geschäftsjahres nicht geändert. Umgliederungen von Handels- in den Anlagebestand wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen.

ANLAGEVERMÖGEN	Schuldver- schrei- bungen	Aktien	Beteili- gungen	Immaterielle Anlage- werte	Sach- anlagen	Gesamt
Anschaffungskosten						
Stand Vorjahr	11.256	2.798	13	431	704	15.202
Zugänge	2.104	0	0	11	169	2.283
Abgänge	3.031	0	13	0	2	3.046
Stand 31.12.2020	10.329	2.798	0	442	871	14.440
Abschreibungen						
Stand Vorjahr	133	1.943	0	425	386	2.887
Abschreibungen im Geschäftsjahr	22	360	0	7	68	457
Zuschreibungen im Geschäftsjahr	3	6	0	0	0	9
Abgänge	31	0	0	0	0	31
Stand 31.12.2020	121	2.297	0	432	454	3.304
Restbuchwert						
Stand Vorjahr	11.123	855	13	6	319	12.316
Stand 31.12.2020	10.208	501	0	10	417	11.136

Die Sachanlagen betreffen die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Im Laufe des Geschäftsjahres wurden im Zusammenhang mit Zu- und Abgängen sowie Umbuchungen Abschreibungen in Höhe von 15 Tsd. Euro (Vorjahr 6 Tsd. Euro) vorgenommen.

Beteiligungen

Die Beteiligungen an der Veraltungsgesellschaft OMS mbH sowie OMS Entwicklungs GmbH & Co. KG wurden mit einem Veräußerungsgewinn verkauft (Vorjahr 13 Tsd. Euro).

Sonstige Vermögensgegenstände

Der Posten enthält im Wesentlichen sonstige Erstattungsansprüche in Höhe von 2 Tsd. Euro (Vorjahr 52 Tsd. Euro).

Sonstige Verbindlichkeiten

In diesem Posten werden überwiegend Verbindlichkeiten aus noch abzuführenden Steuern (270 Tsd. Euro, Vorjahr 159 Tsd. Euro) ausgewiesen.

Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem Erfüllungsbetrag anhand der Anwartschaftsbarwertmethode bemessen. Folgende Parameter wurden der Bewertung zugrunde gelegt:

- Rechnungszinssatz: 2,30 % p.a.
(Vorjahr 2,71 % p.a.)
- Rententrend: 1,00 % bzw. 1,75 % p.a.
(wie im Vorjahr)
- Biometrische Rechnungsgrundlagen:
„Heubeck Richttafeln 2018G“

Der Rechnungszinssatz entspricht dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre. Der Zinsanteil der Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 34 Tsd. Euro (Vorjahr 37 Tsd. Euro) wird unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Der Unterschiedsbetrag zu dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt 122 Tsd. Euro (Vorjahr 121 Tsd. Euro). In Höhe dieses Differenzbetrags besteht eine Ausschüttungssperre.

Die Einschätzung des Ausfallrisikos für unter der Bilanz ausgewiesene Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen wird nach den für die Ermittlung von Wertberichtigungen geltenden Grundsätzen vorgenommen.

Die anderen Rückstellungen in Höhe von 3.323 Tsd. Euro betreffen insbesondere personalbezogene Rückstellungen (2.089 Tsd. Euro), Rückstellungen im Kreditgeschäft (358 Tsd. Euro) und für ausstehende Rechnungen (416 Tsd. Euro). Auf- und Abzinsungsbeträge von Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (4 Tsd. Euro) bzw. Erträgen (3 Tsd. Euro) gezeigt.

Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt 6.850 Tsd. Euro und ist eingeteilt in Stück 137.000 Stammaktien zu je 50 Euro.

Daneben besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von 2.577 Tsd. Euro.

Die anderen Gewinnrücklagen erhöhten sich gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 6. Mai 2020 um 2.600 Tsd. Euro und aufgrund von satzungsmäßigen Einstellungen aus dem Jahresüberschuss 2020 in Höhe von 2.000 Tsd. Euro auf 28.573 Tsd. Euro.

Fremdwährungsvolumina und Termingeschäfte

In den Aktiva werden auf fremde Währungen lautende Vermögenswerte in Höhe von umgerechnet 486 Tsd. Euro (Vorjahr 409 Tsd. Euro) ausgewiesen. Die Passivseite enthält Schuldposten von 465 Tsd. Euro (Vorjahr 397 Tsd. Euro). Schwebende Kassageschäfte oder Devisentermingeschäfte bestehen nicht.

Am Bilanzstichtag bestanden auch keine sonstigen noch nicht abgewickelten Termingeschäfte.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestanden Zahlungsverpflichtungen aus einem langfristigen Miet-

vertrag mit einer Restlaufzeit von neun Jahren in Höhe von insgesamt 3.170 Tsd. Euro.

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Als Sicherheitsleistung für Wertpapierlieferungen und Devisenhandel sind wie im Vorjahr 450 Tsd. Euro bei einem Kreditinstitut hinterlegt. Für EUREX-Geschäfte sind eine neue Sichteinlage von 300 Tsd. Euro sowie Aktien mit einem Kurswert zum Bilanzstichtag von 262 Tsd. Euro (Vorjahr 256 Tsd. Euro) als Sicherheit bei einem Kreditinstitut hinterlegt.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Zinserträge

In diesem Posten weisen wir im Wesentlichen die Zinserträge aus der Immobilien-Zwischenfinanzierung von Wohnprojekten aus. Von den Zinserträgen werden negative Zinsen aus Geldanlagen offen abgesetzt.

Zinsaufwendungen

Die Zinsaufwendungen enthalten fast ausschließlich die Refinanzierungskosten aus unseren Kundeneinlagen. Positive Zinsen auf Einlagen von Kunden haben wir von diesem Posten offen abgesetzt.

Provisionserträge

Die Provisionserträge entfallen im Wesentlichen auf für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Vermittlung und Verwaltung von Wertpapieren, emissionsbegleitende Tätigkeiten sowie auf Entgelte im Zusammenhang mit kurzfristigen Zwischenfinanzierungen im Immobilienkreditgeschäft.

Provisionsaufwendungen

Die Aufwendungen für Dienstleistungen im Bereich Vermögensanlage (z.B. Transaktionsentgelte) sowie Einlagengeschäft werden in diesem Posten ausgewiesen.

Nettoaufwand des Handelsbestands

Der Ausweis betrifft das Ergebnis aus der Zeitwertbewertung zum Marktpreis und die laufenden Erträge des Handelsbestands.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen die Beteiligungsverkäufe, die Auflösungen von nicht mehr benötigten Rückstellungen sowie Steuererstattungen aus einer Betriebsprüfung.

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Die Veränderung des Postens betrifft größtenteils gewinnabhängige Tantiemeaufwendungen.

Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken

In diesem Posten ist ein Aufwand von 9 Tsd. Euro aus der Zuführung des Sonderpostens gemäß § 340e Abs. 4 Satz 1 HGB enthalten.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Unterschiedliche Beurteilungsmaßstäbe in den Bereichen Forderungen und Rückstellungen führen zu einem vom handelsrechtlichen Ergebnis abweichenden höheren zu versteuernden Einkommen.

Die Ertragsteuern betreffen fast ausschließlich das Geschäftsjahr 2020.

Bilanzgewinn und Ergebnisverwendung

Der Bilanzgewinn beträgt 3.291 Tsd. Euro (Vorjahr 2.991 Tsd. Euro). Er enthält auch den Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 391 Tsd. Euro.

Der ordentlichen Hauptversammlung wird vorgeschlagen, aus dem Bilanzgewinn eine Dividende von 7,50 Euro (Vorjahr keine) je 50 Euro Stammaktie zu zahlen, weitere 2.250 Tsd. Euro in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen und 13 Tsd. Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

SONSTIGE ANGABEN

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt wurden 33 (Vorjahr 33) Mitarbeiter/-innen beschäftigt. Davon waren 13 (Vorjahr 14) weiblich und 20 (Vorjahr 19) männlich. Zum Jahresende 2020 waren 10 (Vorjahr 8) Teilzeitkräfte beschäftigt.

Bezüge und Kredite der Organe

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2020 beträgt 127 Tsd. Euro (Vorjahr 164 Tsd. Euro).

Hinsichtlich der Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands gemäß § 285 Nr. 9a HGB sowie der Angabe der Hinterbliebenenbezüge gemäß § 285 Nr. 9b HGB haben wir von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

An die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands waren wie im Vorjahr keine Kredite vergeben.

ABSCHLUSSPRÜFERHONORARE	2020	2019
Abschlussprüfungsleistungen	132	155
Andere Bestätigungsleistungen	31	35
Steuerberatungsleistungen	-	-
Sonstige Leistungen	6	1
	169	191

Es werden die als Aufwand erfassten Honorare ohne Umsatzsteuer ausgewiesen. Die Abschlussprüfungsleistungen betreffen ausschließlich die Jahresabschlussprüfung. Die anderen Bestätigungsleistungen entfallen in voller Höhe auf Prüfung des Wertpapierdienstleistungsgeschäfts nach §§ 36 und 89 WpHG. Die sonstigen Leistungen betreffen die Effizienzprüfung der Geschäftsleitungs- und Aufsichtsratsaktivität.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahrs eingetreten und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind, haben sich nicht ergeben.

Country by Country Reporting

Im Rahmen der Umsetzung des Artikels 89 EU-Richtlinie 2013/36 (Capital Requirements Directive, CRD IV) wurde in § 26a KWG Angabepflichten zur länderbezogenen Aufgliederung bestimmter Informationen aufgenommen:

Firma:	Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft
Art der Tätigkeit:	Kreditinstitut
Geographische Lage:	Hamburg
Umsatz:	21.629 Tsd. Euro
Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger:	29 Vollzeitäquivalente
Gewinn vor Steuern:	8.952 Tsd. Euro
Steuern auf Gewinn:	4.053 Tsd. Euro
Erhaltene öffentliche Beihilfen:	-

Die Bank unterhält keine Niederlassungen im Ausland, somit beziehen sich sämtliche Angaben auf Deutschland. Weiterhin unterliegt die Bank keiner Konsolidierungspflicht.

Gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG ist die Kapitalrendite, berechnet aus Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme offenzulegen. Sie beträgt 1,4 %.

ORGANE

Aufsichtsrat

Guido M. Sollors	Vorsitzender Geschäftsführender Gesellschafter Sollors & Co. (GmbH & Co. KG), Hamburg
Tom Kemcke	stellv. Vorsitzender Rechtsanwalt, Steuerberater, Partner Sozietät Esche Schümann Commichau, Hamburg
Rainer Burghardt	Sparkassendirektor i. R., Düsseldorf
Günter Sternberg (bis 12. März 2020)	Rechtsanwalt, Hamburg
Torsten Heick (ab 1. Oktober 2020)	Bankdirektor i. R., Hamburg

Vorstand

Helmuth Spincke	Vorsitzender des Vorstands der Otto M. Schröder Bank AG und darüber hinaus Mitglied des Aufsichtsrats der Maternus-Kliniken AG, Berlin
Thomas Welling	Mitglied des Vorstands der Otto M. Schröder Bank AG

Hamburg, den 22. April 2021

Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft



Helmuth Spincke



Thomas Welling

Hinweis: Aufgrund von mathematischen Rundungen können sich bei Summenbildungen Abweichungen ergeben.

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft, Hamburg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft, Hamburg – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2020 sowie ihrer Ertrags-

lage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung

durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Art. 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Art. 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGS-SACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir

geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Die Ermittlung der Einzelwertberichtigungen im Kundenkreditgeschäft

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Otto M. Schröder Bank AG verweisen wir auf den Anhang der Gesellschaft. Weitere Angaben zur Risikovorsorge finden sich im Wirtschaftsbericht und Bericht über das Risikomanagement des Lageberichts der Otto M. Schröder Bank AG.

Das Risiko für den Abschluss

Die Otto M. Schröder Bank AG weist im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 im Zusammenhang mit dem betriebenen Kreditgeschäft Forderungen an Kunden in Höhe von TEUR 290.838 aus. Darin sind in wesentlichem Umfang Immobilien- und Bauträgerzwischenfinanzierungen im wohnwirtschaftlichen Bereich enthalten. Zur Risikovorsorge für akute Ausfallrisiken im Kreditgeschäft hat die Bank zum 31. Dezember 2020 Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen gebildet.

Einzelwertberichtigungen sind aufgrund des Vorsichtsprinzips nach § 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB zu bilden, um akuten Ausfallrisiken Rechnung zu tragen. Die Ermittlung der Einzelwertberichtigungen für Forderungen an Kunden ist ermessensbehaftet. Sie erfordert Annahmen über die noch zu

erwartenden vertraglichen Zahlungsströme und/oder über die erwarteten Zahlungsströme aus der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten.

Daher war es bei unserer Prüfung von besonderer Bedeutung, Nachweise zu erlangen, dass akute Ausfallrisiken rechtzeitig identifiziert, die getroffenen wertbestimmenden Annahmen zur Bemessung einer etwaig erforderlichen Risikovorsorge sachgerecht abgeleitet und die Risikovorsorge übereinstimmend in die Buchführung und in den Abschluss übernommen wurde.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Unsere Prüfung umfasste unter anderem die folgenden Prüfungshandlungen:

- Wir haben uns im Rahmen von Aufbauprüfungen der Prozesse der Kreditvergabe und -bearbeitung, Kreditüberwachung, Hereinnahme und Bewertung von Sicherheiten, Intensiv- und Problemkreditbearbeitung sowie Risikovorsorgeermittlung inklusive der wesentlichen rechnungslegungsrelevanten Kontrollen von der Angemessenheit und Implementierung der aus unserer Sicht maßgeblichen internen Kontrollen überzeugt. Hierbei haben wir insbesondere geprüft, ob die Gesellschaft mindestens einmal im Jahr die Kredite hinsichtlich der Einstufung in eine Risikoklasse sowie gegebenenfalls der Bildung notwendiger Einzelwertberichtigungen überprüft hat. Ferner
- Wir haben uns im Rahmen unserer Prüfungshandlungen davon überzeugt, dass die schriftlich fixierte Ordnung für die in der Bank definierten Prozesse und Tätigkeiten in Form von Organisationsrichtlinien mit den tatsächlich durchgeführten Aktivitäten übereinstimmen. Für die im Zusammenhang mit dem Risiko der Werthaltigkeit der Forderungen an Kunden stehenden relevanten Kontrollen haben wir in Stichproben Funktionstests durchgeführt und uns so von der Wirksamkeit dieser Kontrollen überzeugt.
- Darüber hinaus haben wir für unter Risikogesichtspunkten bewusst ausgewählte Krediteinzelfälle insbesondere die Angemessenheit der Risikoklassifizierung und die Notwendigkeit bzw. Angemessenheit einer Einzelrisikovorsorge geprüft. Hierbei wurden uns als Prüfungsnachweise für die zugrunde gelegten erwarteten Zahlungsströme und Kreditsicherheitenwerte insbesondere die letzten Kreditentscheidungsvorlagen, die aktuelle Bewertung vorhandener Sicherheiten, die vorliegenden Nachweise zum Baufortschritt bei Bauträgerzwischenfinanzierungen sowie die aktuell vorliegenden Unterlagen zur

Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer vorgelegt. Ferner haben wir die Angemessenheit der in den Kreditentscheidungsvorlagen verwendeten Parameter, wie Quadratmeterpreise, Größe der finanzierten Wohnungen, Grundstücksflächen sowie erwartete Verkaufspreise beurteilt.

Unsere Schlussfolgerungen

Die der Bemessung der Einzelrisikovorsorge im Kreditgeschäft zugrunde liegenden Annahmen wurden sachgerecht abgeleitet. Die identifizierte und mithilfe der getroffenen Annahmen bemessene Risikovorsorge wurde übereinstimmend in die Buchführung und in den Abschluss übernommen.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres dazugehörigen Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungspro-

zesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSS-PRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-AprVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftiger-

weise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre

Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeid-

bares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

ÜBRIGE ANGABEN GEMÄSS ART. 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 6. Mai 2020 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 1. Oktober 2020 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2003 als Abschlussprüfer der Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Aufsichtsrat nach Art. 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Andreas Olschewski.

Hamburg, den 22. April 2021

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Olschewski
Wirtschaftsprüfer

Koch
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Im Geschäftsjahr 2020 hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben sorgfältig wahrgenommen und die Geschäftsführung des Vorstands regelmäßig überwacht und geprüft. Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank waren, frühzeitig eingebunden und hat insbesondere die strategische Weiterentwicklung beratend begleitet.

Der Vorstand berichtete dem Aufsichtsrat regelmäßig zeitnah und umfassend in schriftlicher und mündlicher Form über die Geschäftsentwicklung, die Planung, die Projekte und die Situation der Bank einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements. Dazu erhielt der Aufsichtsrat vom Vorstand unter anderem monatlich einen detaillierten Bericht über die aktuelle Geschäfts- und Risikosituation sowie quartalsweise den ausführlichen Risikobericht. Darüber hinaus informierte der Vorstand den Aufsichtsrat über neue Kredite ab einer bestimmten Größenordnung und Risikoklasse. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen hat der Vorstand im Einzelnen mit dem Aufsichtsrat ausführlich erläutert. Der Aufsichtsrat konnte stets ein aussagefähiges Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank gewinnen.

Der Aufsichtsrat kam im Geschäftsjahr 2020 zu insgesamt vier Sitzungen zusammen. Über eilbedürftige Angelegenheiten wurde zudem schriftlich entschieden.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 und der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von dem in der ordentlichen Hauptversammlung am 6. Mai 2020 gewählten Abschlussprüfer KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, geprüft worden. Als Ergebnis der Prüfung wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Danach vermittelt der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft. Der Prüfungsbericht wurde allen Mitgliedern des Aufsichtsrats ausgehändigt. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 6. Mai 2021 teil. Er erläuterte die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete Fragen zum Jahresabschluss und zum Prüfungsbericht.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht ebenfalls geprüft und das Prüfungsergebnis der Wirtschaftsprüfer zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfungen des Aufsichtsrats sind keine Einwendungen

gegen den Jahresabschluss zu erheben. Der Aufsichtsrat hat daher in seiner Sitzung am 6. Mai 2021 den Jahresabschluss gebilligt, der damit festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich für ihre geleistete, erfolgreiche Arbeit sowie die gute Geschäftsentwicklung im Jahr 2020. Dies ist auch angesichts der außergewöhnlichen Rahmenbedingungen besonders zu würdigen.

Hamburg, den 6. Mai 2021

Guido M. Sollors
Vorsitzender des Aufsichtsrats

OTTO M. SCHRÖDER BANK AKTIENGESELLSCHAFT

Axel-Springer-Platz 3
20355 Hamburg

Tel.: (040) 359 28-0

Fax: (040) 359 28-101

www.schroederbank.de